

# „Weder eine denk- noch sprechfähige Regierung“

15. September 2011 – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de)

**Hier ein Koalitionspartner, der auf Kosten der Gemeinschaftswährung, Griechenlands und dem Ansehen Deutschlands Politik macht, um die eigene Haut zu retten. Dort eine politisch bankrotte Kanzlerin, die keine Führung zeigt. [spd.de](http://spd.de) gibt einen Überblick über die Pressestimmen zum eskalierenden Streit innerhalb der Koalition über die Euro-Hilfen.**

- **Augsburger Allgemeine**

Es ist ein Spiel mit dem Feuer, gefährlich und unkalkulierbar. Rösler legt nicht nur die Hand an die schwarz-gelbe Koalition, auch wenn er treuherzig das Gegenteil beteuert, sondern verunsichert auch die europäischen Partner und die hypernervösen Finanzmärkte. Wenn schon der Vizekanzler der stärksten Volkswirtschaft Europas nicht mehr an die Rettung Griechenlands glaubt, wer sollte es dann noch tun? Eigentlich kann Merkel dem Treiben ihres unberechenbaren Partners nicht mehr lange tatenlos zusehen. Das Ende der schwarz-gelben Koalition liegt förmlich in der Luft.

- **NDR Info (Georg Schwarte)**

Eines vorweg: Der Euro - unser Euro - ist bis zur Stunde stabil, die Koalition ist es nicht. Griechenland befindet sich nicht in der geordneten Insolvenz, die FDP dagegen macht diesen Eindruck seit Monaten. Denkverbote hat niemand ausgesprochen, im Gegenteil: Wer käme bei diesem Wirtschaftsminister auf die Idee, ausgerechnet ihm das Denken verbieten zu wollen? Man möchte es ihm ausdrücklich wünschen.

Da in diesen Tagen aber weder eine denk- noch sprechfähige Regierung zu haben ist, würde zumindest ein wenig Schweigen der europäischen Sache schon dienen. [...]

Zwar arbeitet die FDP tapfer daran, sich selbst zu erledigen, die Euro-Krise wird Merkel diesen Gefallen nicht tun. Die Kanzlerin aber hat die Richtlinienkompetenz, nur bleiben Richtung und Linie bei dieser Angela Merkel leider häufig ihr ganz privates Geheimnis. Dass der FDP-Außenminister Westerwelle hier mittlerweile schon dadurch zur Hilfe wird, indem er sich unsichtbar macht, zeigt, wie allein diese Kanzlerin Merkel und ihr tapferer Finanzminister in Sachen Europa in Wahrheit unterwegs sind.

FDP-Chef Brüderle sagte (am Mittwoch) übrigens, die FDP wolle Deutschland in einer so schwierigen Phase nicht im Stich lassen. Wir dürfen diese Ankündigung angesichts der bisherigen FDP-Leistungsbilanz in der so genannten Koalition getrost als Drohung verstehen.

- **Süddeutsche Zeitung**

Zum Verhältnis Merkels zu Rösler lässt sich nun festhalten: Mitten in einer Krise veröffentlicht der Vizekanzler einen Artikel ohne Wissen der Kanzlerin und abseits der Regierungslinie. Die Kanzlerin maßregelt ihn öffentlich zwar nicht vehement, aber fürs Publikum doch deutlich erkennbar. Der Vizekanzler bleibt bei seiner Linie. Es geht gar nicht darum, wer recht hat. Es geht darum, dass eine solche Regierung, eine solche Koalition nicht handlungsfähig wirkt und wohl auch nur in Maßen ist. Es geht also entscheidend nicht um das Vertrauen in der Regierung, es geht um das Vertrauen in die Regierung.

- **Nordbayerischer Kurier (Bayreuth)**

Griechenland wirbelt die Koalition durcheinander. Der Regierungssprecher muss Spekulationen über ein rasches Ende der Regierung zurückweisen. Das sagt alles über deren inneren Zustand. Die FDP zerreißt es förmlich bei der Frage, wie viel für den Euro riskiert werden soll. Liberale und Christsoziale, die sich gegen die Kanzlerin positionieren, versuchen entsprechende Sehnsüchte in ihrer Wählerschaft aufzugreifen und neue Anhänger zu gewinnen. Die Angst von Bürgern um ihr Geld darf nicht kleingeredet werden. Es geht um die Zukunft, um Arbeitsplätze, Renten. Alles geriete ins Wanken, würde die Währung scheitern. Gerade deswegen braucht es jetzt starke Nerven. Die sogenannten Euro-Rebellen haben keinen ausgefeilten Plan.

- **Börsen-Zeitung (Frankfurt)**

Erst lehnt sich FDP-Chef und Vizekanzler Philipp Rösler aus dem Fenster und spricht sich für eine 'geordnete Insolvenz' Griechenlands aus, dann gießt FDP-Generalsekretär Christian Lindner Öl ins Feuer und verwahrt sich gegen ein Schweigegelübde für die 'längst überfällige Debatte' einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der Hellenen. Nun hat auch die CSU das Thema für sich entdeckt und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, in dieser Funktion Regierungsmitglied, mit der Überlegung vorgeschickt, eine Währungsunion ohne Athen wäre 'kein Weltuntergang'. Der Koalitionsstreit ist perfekt. [...] Die Wirkung der öffentlichen Debatte ist verheerend. Und der Versuch der Liberalen, damit Kontur zu gewinnen, sowie der CSU, in bewährter Form zu zündeln, ist reichlich durchsichtig. Als politisches Profilierungsfeld ist die Hellas-Krise denkbar ungeeignet.

Der Streit offenbart nicht Bedachtsamkeit in der Sache, sondern nur, dass die Regierung eines der wichtigsten und finanzstärksten Euro-Länder zerstritten ist und instabil werden könnte. Beste Voraussetzungen, dass eine Insolvenz

in der Eurozone nicht geordnet abläuft. Dabei geht es nicht um Denkverbote. Die Regierung ist geradezu verpflichtet, Szenarien durchzuspielen, mit Modellrechnungen die Belastung dort engagierter Banken zu prüfen und auch Gedanken darauf zu verwenden, was geschehen soll, wenn Athen die Bedingungen des Hilfsprogramms nicht erfüllt. Etwas anderes ist es, darüber öffentlich schon dann zu reden, wenn dieser kritische Punkt noch gar nicht erreicht ist. [...]

FDP und CSU brauchen eine Schweigerose. Das im Mittelalter an Rittersälen, Klöstern und Beichtstühlen genutzte Symbol einer stilisierten Rose stand für Verschwiegenheit, dafür, dass das gesprochene Wort nicht den Raum verlässt. Erblühte die Schweigerose doch wieder - die Märkte würden es danken.

- **n-tv (Heiner Bremer)**

Die Koalition steht nur noch auf dem Papier... Die FDP will die eigene Existenz, das Überleben sichern und bei der Landtagswahl in Berlin punkten. Das ist eine ziemlich unverantwortliche Politik...

Für diese Koalition gilt: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende... [...]

Mit dieser FDP kann sie (die Kanzlerin) nicht vernünftig weiterregieren. Ihr Ruf geht verloren, ihre internationale Handlungsfähigkeit ist infrage gestellt, ihr Image und ihre Glaubwürdigkeit. So kann man dieses Land nicht führen.

- **Die Zeit**

Deutschland ist in Gefahr, seine europäische Glaubwürdigkeit zu verlieren. Wie es in den vergangenen Monaten ohnehin schon Grund genug gab, an der Verlässlichkeit der Berliner Außenpolitik zu zweifeln. Die Kanzlerin und ihr Finanzminister wissen dies, aber unter ihren Augen zerlegt sich gerade das bürgerliche Lager, das doch bisher auf wenig so stolz sein konnte wie auf seine Treue zu Europa. "Die Kakophonie des Streits in ihrem Land wird fast ohrenbetäubend", schrieb die New York Times über die Kanzlerin.

Vielleicht gelingt es Angela Merkel, ihre Regierung über die Europa-Abstimmung Ende des Monats hinwegzuretten. Ihren Zusammenhalt hat die Koalition längst verloren. Bei ihrer wichtigsten Aufgabe, der Rettung der Währungsunion, verspielt sie gerade wertvolles Kapital – und ganz nebenbei Deutschlands Ansehen in Europa.

- **Der neue Tag (Weiden)**

Die FDP geriert sich in der Schuldenkrise zunehmend als unkalkulierbares Risiko für Deutschland und die Euro-Zone. Der Versuch, aus dem Bankrott

Griechenlands ein parteipolitisches Süppchen zu kochen, ist gehörig danebengegangen. Fraktionschef Rainer Brüderle sagte am Mittwoch, jetzt seien solide Arbeit und wechselseitiges Vertrauen nötig. Wie wahr. Weder das eine, noch das andere kann diese Partei vorweisen.

- **Märkische Allgemeine (Potsdam)**

Inzwischen ist aus dem Funken eine Feuerwalze geworden. Abgeordnete der FDP bereiten einen Mitgliederentscheid vor, und auch in der CSU schimpfen sie immer lauter über den Rettungsmechanismus. Wer will da noch den Beteuerungen des Regierungssprechers glauben, dass die Koalition in der Euro-Frage einig ist? Die Außenwirkung solcher Querelen ist verheerend. Dabei geht es weniger um die Frage, wer recht hat. Wenn der Vizekanzler mitten in der Krise in einer entscheidenden Frage der Regierungslinie widerspricht, dann leidet die Glaubwürdigkeit insgesamt. Dieses Hickhack findet in einer gewissen Ratlosigkeit auf EU-Ebene seine traurige Fortsetzung. Dass die Märkte derzeit wenig Vertrauen zeigen, muss eigentlich nicht verwundern.

- **General-Anzeiger (Bonn)**

Für den Euro geht es um die Stabilität, vielleicht sogar um seine Existenz. Für die Koalition um nichts weniger. Sollten einige FDP-Landesverbände mit ihrer Rebellion gegen den Euro-Rettungsschirm mit einer Mitgliederbefragung durchkommen, muss die Parteiführung diesem Entscheid folgen. Dann muss Merkel die Vertrauensfrage stellen.

- **Mitteldeutsche Zeitung**

Der FDP-Chef kommt den Euroskeptikern prompt entgegen, schwadroniert öffentlich über eine Griechenlandpleite und lässt die Volksabstimmter gewähren. Es gab Zeiten, da zitierten bürgerliche Politiker gern das Plädoyer des Soziologen Max Weber für 'Verantwortungsethik' - gegen die 'Gesinnungsethiker', die nur die reine Lehre gelten lassen und nicht ihre realpolitische (Ver-)Formung. Philipp Rösler sollte den Text am Montag im FDP-Präsidium auslegen, wenn es gilt, die nächste Wahlniederlage zu verarbeiten.

- **Deutschlandfunk (Frank Capellan)**

Politisch bankrott - Angela Merkel steht kurz davor, eine solche Erklärung abgeben zu müssen...

Zweifelsohne verschlimmert das Gerede (über eine Insolvenz Griechenlands) die Situation, vor allem aber entsteht bei den Skeptikern in Union und FDP der Eindruck, als habe die eigene Regierung selbst den Glauben an eine Griechenlandrettung längst verloren.

FDP-Chef Rösler geht es nur noch um das politische Überleben seiner Partei... Die Geister, die Rösler rief, dürfte er jedoch kaum noch loswerden. Die FDP-Spitze wird den beantragten Mitgliederentscheid zum Euro nicht mehr stoppen können...

Jetzt sieht sich Rösler sogar genötigt, einen Gegenantrag zur Abstimmung zu stellen, der die Europafreundlichkeit seiner Partei hervorhebt. Wer glaubt noch daran? Dieser Vorsitzende treibt seine Liberalen in den politischen Selbstmord, und genüsslich macht die CSU mit.

Gerhard Schröder hätte längst die Vertrauensfrage gestellt. Merkel aber ist anders gestrickt und schaut zu, wie ihre Regierung weiter getrieben wird - in die ungeordnete politische Insolvenz.

- **Märkische Oderzeitung Frankfurt (Oder)**

Was aber Rösler, Brüderle, Solms und Co. jetzt veranstalten, übersteigt in seinem schamlosen Populismus fast noch die wahltaktischen Untaten eines Jürgen W. Möllemann. Man kann die Euro-Rettungspolitik durchaus kritisch sehen. Es ist auch jedem erlaubt, über die Gestaltung von Insolvenzverfahren für einzelne EU-Länder nachzudenken. Wenn aber die Regierung des wichtigsten EU-Landes sich öffentlich zu so wichtigen Fragen äußert, dann darf es keine zwei Meinungen geben. Wer damit nicht leben kann, muss eben aus der Regierung austreten.

- **Pforzheimer Zeitung**

Um nicht völlig unterzugehen, wird die FDP auch in den kommenden Monaten keine Rücksicht auf ihre Partner nehmen. Wie auch? Schließlich ist sie in großer Mission unterwegs. Es geht ihr um nicht weniger, als um die Rettung eines ehemaligen Erfolgsmodells, das vor sich hindümpelt und vor dem Aus steht. Nein, es geht ihr nicht um die Rettung des Euros. Sondern um die der FDP.

- **Landeszeitung Lüneburg**

Schwer zu sagen, wo derzeit die größere Panik herrscht: an den Finanzmärkten oder im FDP-Präsidium? Leicht vorhersehbar ist aber, dass die sich gegenseitig verstärkenden Ängste einen Lemming-Effekt hervorrufen können: Am Ende mündet der Fluchtimpuls in einem Sturz von der Klippe. Dabei geht es Philipp Rösler bei seinen Gedankenspielen um eine Griechenland-Insolvenz nicht um den Euro, es geht ihm das Rote Rathaus in Berlin. Aus Angst, auch den Einzug in den Senat zu verpassen, agiert die FDP wie eine außerparlamentarische Opposition - nicht wie ein Bestandteil der Regierung des Schlüsselstaates in Europa. Die FDP schädigt so - im Verein mit der CSU - auch das Ansehen der Bundeskanzlerin. Vielleicht sollte Angela Merkel ihren Vorgänger fragen, wie man einem „Basta!“ Gehör verschafft.

- **Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung**

Europas Problem ist nicht nur der Umgang mit der Verschuldung, sondern auch eine Politiker-Klasse, die sich nicht scheut, auf der ohnehin schon brodelnden Krise auch noch ihr eigenes innenpolitisches Süppchen zu kochen. Das disqualifiziert sie selbst, sorgt aber auch dafür, dass die dringend nötige Ruhe nicht einkehrt. Die Europäische Union sollte endlich einmal das tun, was sie längst vereinbart hat. Keine Therapie kann etwas bewirken, wenn man sie nicht in Kraft setzt. Der Euro-Raum hat keinen Mangel an Lösungsvorschlägen, sondern an Führung, die in die Tat umsetzt, was man längst erdacht hat.

- **Esslinger Zeitung**

Jetzt läuft es bei den Liberalen auf einen Mitgliederentscheid über den Euro-Rettungskurs hinaus. Findet sich eine Mehrheit dafür, diesem Kurs, der - nebenbei - der Kurs der Bundesregierung ist, die Zustimmung zu verweigern, ist die schwarz-gelbe Koalition am Ende. Rösler und Co. wissen das natürlich. Also müssen sie mit Macht versuchen, den von den «Euro-Rebellen» angestrebten Entscheid zu entschärfen. Nur: Mit welcher Autorität, mit welcher Position soll das geschehen? Wollen sie sich etwa als „Euro-Rebellen light“ präsentieren? All das ist abstrus.